

Staatsvertrag

EU-Kommission will Standardisierung

Der Landtag hat einstimmig der Überweisung des Staatsvertrages über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts zugestimmt.

Der Minister für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie, Harald Schartau (SPD), erwähnte bei der Einbringung, als vertrauensbildende Maßnahme sehe die EU-Kommission die europaweite Standardisierung des Prüfwesens im Bereich technischer Arbeitsmittel vor. Grundlage dafür sei die vorschriftengetreue Akkreditierung von Prüfstellen. Aus Gründen der Effizienz und der bundesweiten Gleichbehandlung hätten die Länder diese Aufgabe an die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS) übertragen.

Dabei stelle die ZLS fest, ob technische Prüfstellen die Voraussetzungen erfüllten, die erforderlich seien, um nach dem EU-Recht vorgeschriebene Prüfungen durchführen zu können. Durch Änderung des Rechts im Bereich der Medizinprodukte, des Gefahrguttransports, des Sprengstoffs und der Schiffsausrüstung seien zusätzliche Akkreditierungen erforderlich geworden. Diese sollen ebenfalls der ZLS übertragen werden.

Weiterhin sei der Handel zwischen der EU und Drittstaaten durch Abkommen der Europäischen Gemeinschaft mit Drittstaaten über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen erleichtert worden, die nach den Vorschriften der jeweiligen Drittstaaten durchgeführt werden müssten. Auch diese Überprüfungen sollen der ZLS übertragen werden.

Schartau folgerte, der zentrale Vollzug sei für die Länder kostengünstiger, weil sie kein eigenes Personal zur Verfügung stellen müssten (Drs. 13/16).

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03,
8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: *56801#, FAX
8 84 30 22

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender Pressesprecher des Landtags
Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Rimmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Notker Becker (CDU), Pressesprecher; Michael Block (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung und Versand: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf. Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
ISSN 0934-9154

Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>
LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Alles, was man im Leben tut, kann man nur gut machen, wenn es auch Spaß bereitet, urteilt Laurenz Meyer. Und der neugewählte Vizepräsident des Landtages hat viel Freude an der Politik. So will sich der Christdemokrat in seinem neuen Amt nicht nur auf die Repräsentationsaufgaben oder den geschäftsordnungsgeregelten Ablauf des Parlamentsgeschehens beschränken — „Ich habe nicht die Absicht, mich aus politischen Debatten herauszuhalten“.

Im Übrigen liegt es nach seiner Ansicht an der eigenen Person, was sie aus dem Amt macht, in das sie gewählt worden sei. So will der 52-Jährige sich auch als Vizepräsident beispielsweise für eine Verkleinerung des Landesparlamentes weiter einsetzen. „In der Diskussion um den schlankeren Staat sollten wir selbst ein Zeichen setzen.“

Es ist kein Geheimnis, dass ihm der Abschied vom Vorsitz der CDU-Landtagsfraktion nicht leicht fiel, er sie gern weiter geführt hätte. Doch bereits vor seiner Wahl im Februar letzten Jahres hatten Landeschef Jürgen Rüttgers und der gebürtige Ostwestfale vereinbart, dass er den Chefsessel räumen werde, falls Rüttgers nicht Ministerpräsident werden sollte. „Und ich halte meine Versprechen.“

Während seiner knapp 15-monatigen Tätigkeit hatte der offensive Wirtschaftspolitiker mit analytischen Fähigkeiten nicht nur den politischen Gegner des Öfteren in die Defensive gedrängt, er hatte der Fraktion ein eigenständiges Profil gegeben — ungeachtet dessen in steter Loyalität zur Landespartei und zu deren Vorsitzendem Rüttgers.

Bereits vor seiner damaligen Wahl hatte Meyer als Vorsitzender des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Missstände um das Oberhausener Trickfilmzentrum (HDO) einen beachtlichen Bekanntheitsgrad erworben. Als souveräner wie beharrlicher Verhandlungsführer trug er wesentlich dazu bei, dass die Millionensubventionen für das einstige Vorzeigeprojekt von Ministerpräsident Clement (SPD) zu einem der beherrschenden politischen Themen in Düsseldorf wurden und dem Regierungschef manche Unannehmlichkeiten bereiteten.

Der Diplom-Volkswirt stieß eher zufällig zur Politik. „Als ich auf einer Berlin-Fahrt auf Einladung der Jungen Union 1968 den Teilnehmerkreis so nett fand, bin ich anschließend in die CDU eingetreten.“ In der Partei wurde man sehr schnell auf den scharfzüngigen Debattierer, der ungeschminkt auch im eigenen politischen Lager die Meinung sagt, „selbst wenn's weh tut“, aufmerksam.

Eine Zeit lang war er stellvertretender Vorsitzender des damals noch selbständigen Landesverbandes Westfalen-Lippe, seit 1995 ist er Schatzmeister der NRW-CDU.

Kommunalpolitisch war der Vater von vier Kindern zwei Jahrzehnte von 1975



Vizepräsident Laurenz Meyer

bis 1995 im Rat der Stadt Hamm tätig, wo er 1995 als OB-Kandidat nur knapp mit 300 Stimmen der SPD unterlag. Als Meyer 1990 erstmals in den Landtag rückte, wurde er von der CDU-Fraktion sogleich zu ihrem wirtschaftspolitischen Sprecher berufen.

In dieser Eigenschaft sah sich der streitbare Christdemokrat insbesondere als Anwalt der kleineren und mittleren Unternehmen, obwohl er bis vor kurzem bei der VEW AG in verschiedenen Funktionen beruflich tätig war.

Während die Groß-Unternehmen gute Rahmenbedingungen von der Bundesregierung benötigten, müsse sich das Land auf die Förderung einer mittelständischen Struktur konzentrieren, betont Meyer. „Wir müssen auf Renommierprojekte verzichten und uns auf die Förderung von Existenzgründern und auf die wirtschaftsnahe Infrastruktur, etwa die Erschließung neuer Gewerbegebiete, konzentrieren.“

In diesem Zusammenhang habe auch die Schulpolitik eine eminent wichtige Aufgabe. Sie entscheide über die künftigen Fähigkeiten unserer Gesellschaft, Herausforderungen von morgen zu bestehen. Und schließlich entscheide die Bildungspolitik, so der Christdemokrat, über die Qualität des Wirtschaftsstandortes und die Möglichkeit jedes Einzelnen, seinen Platz in dieser Gesellschaft zu finden.

Dem gegenüber seiner Umgebung sehr kontaktfähigen und im Dialog sehr offenen Politiker reizt nach eigener Aussage an der neuen Aufgabe, „das Parlament einmal von einer anderen Position kennenzulernen“. Und wer Laurenz Meyer etwas näher kennt, ist sich sicher, dass das Amt des Vizepräsidenten nicht die letzte Etappe auf seinem politischen Weg ist.

Jochen Jurettko

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muss nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)